

Vaduz entscheidet nicht über Neubau

Abstimmung über die Landesbibliothek: Es geht um 5,43 Millionen Franken, doch die Infoveranstaltung drehte sich um ein anderes Thema.

Gary Kaufmann

Einige Tage nach dem Versand der Abstimmungsunterlagen trafen gestern Abend im Vaduzer Rathaussaal die Befürworter und die Gegner des aktuellen Projekts zur Umnutzung des Post- und Verwaltungsgebäudes als Landesbibliothek aufeinander. Konkret stimmen die Vaduzer Stimmbürger am 18. Mai über einen Unterstützungsbeitrag von 5,43 Millionen Franken für das Landesprojekt ab. Gegen diesen Gemeinderatsbeschluss wurde mit 534 Unterschriften das Referendum ergriffen. Doch die Podiumsdiskussion drehte sich um eine Entscheidung, welche die Vaduzer überhaupt nicht fällen können: Soll ein Neubau her oder das bestehende Gebäude saniert werden? Der Bauherr, das Land Liechtenstein, hat die letztere Variante gewählt; auch wenn die Angelegenheit noch nicht abschliessend geklärt ist. Dennoch ging es im Kontext dessen um die Frage, wie viel die jeweiligen Varianten überhaupt kosten würden.

Beide Seiten warfen sich im Vorfeld gegenseitig vor, mit Unwahrheiten für Panik zu sorgen. Angesichts der bisherigen Diskussion bestand das Ziel also darin, für Klarheit zu sorgen. Letztlich stellte Moderatorin Petra Matt fest: «Wir werden heute Abend wohl auf keinen gemeinsamen Nenner mehr kommen.»

Mehrere Nutzer würden Ausgangslage verändern

Auf der einen Seite sind die Befürworter des Projekts, die auf ein weit fortgeschrittenes Projekt vorweisen, das die Anforderungen der Landesbibliothek erfülle. Auf der anderen Seite ist das Referendumskomitee,



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (v. l.): Die Befürworter mit Jonas Hasler, Pascal Seger und Florian Meier, Moderatorin Petra Matt sowie die Gegner mit Christoph Pirchl, Gert Risch und Karlheinz Ospelt.

Bild: Nils Vollmar

das davon überzeugt ist, dass nur ein Neubau den Ansprüchen einer modernen Landesbibliothek gerecht werde. Gleichzeitig müsse man weitere Liegenschaften in die Planungen einbeziehen.

«Wir sind keine Verhinderer. Wir sind dafür, dass eine neue Landesbibliothek am vorgesehenen Standort gebaut wird. Wir haben auch nichts dagegen, wenn die Gemeinde Vaduz dies finanziell unterstützt», betonte Gert Risch. Es gehe jedoch darum, dass die Mittel sinnvoll investiert werden und das Volk darüber entscheidet. Er verwies auf seine Erfahrung mit Bauprojekten und warf den Befürwortern vor, dass sie darauf drängen, ihr Projekt zu erzwingen: «Man kann auf einen Altbau nicht die Bedürfnisse eines Neubaus übertragen. Ein Ver-

waltungsgebäude ist keine Landesbibliothek und umgekehrt.»

Das Referendumskomitee vertritt den Standpunkt, dass der geplante Umbau und ein Neubau quasi gleich viel kosten würden. Laut dem Bericht und Antrag der Regierung würden ein überwiegender Rückbau des Postgebäudes und ein Neubau ab Decke Tiefgarage 38,7 Millionen Franken kosten – auf diese Zahl stützt sich das Referendumskomitee, obwohl es sich dabei nicht um einen kompletten Neubau handelt. Das vorliegende Projekt (Teilsanierung) wird aktuell mit 38,6 Millionen Franken beziffert, wobei hier eine Bauherrenreserve von 2,14 Millionen Franken enthalten ist.

Dieser Vergleich bezüglich der Kosten hinke, betonte Jonas Hasler, Leiter der Stabsstelle für staatliche Liegenschaften:

«Beim vorliegenden Projekt befinden wir uns in einem konkreteren Stadium der Umsetzung, die Kostenschätzungen für die beiden anderen Varianten lassen sich von der Genauigkeit her nicht damit vergleichen.»

Pascal Seger, Stiftungsratspräsident der Landesbibliothek, ergänzte, dass sich bei mehreren Nutzern, wie es das Referendumskomitee nun vorschlägt, die Ausgangslage ohnehin verändern würde. Dadurch würde das Bauvorhaben «sicher teurer» und mehr Zeit in Anspruch nehmen, weil es mit mehreren Institutionen abgestimmt werden müsste.

Land hat nicht vor, das Grundstück zu verkaufen

Besitzer der Liegenschaft und Bauherr bei diesem Projekt das Land Liechtenstein, womit dieses die Grundsatzentscheidung

fällt. Seit 2007 wird in Absprache mit der Gemeinde Vaduz daran gearbeitet, dass die Landesbibliothek ins Postgebäude umzieht. Nach mehreren Abklärungen hat sich die Regierung für einen Umbau entschieden, weil dieser weniger koste und nachhaltiger sei. Mit dem Verpflichtungskredit von 2019 hat der Landtag diesen Weg mit eingeschlagen – dieser ist nach wie vor gültig; auch wenn vergangenes Jahr der Ergänzungskredit für zusätzliche bautechnische Massnahmen abgelehnt wurde. Dies ist auch der Grund, weshalb nun die Standortgemeinde Vaduz mit 5,43 Millionen Franken «dem Land aus der Patsche hilft», wie Bürgermeister Florian Meier sagte. Er entgegnete in Richtung des Referendumskomitees: «Das Projekt ist schon länger bekannt und wurde nicht gerade erst aus

dem Hut gezaubert. Ihr hättet viel früher reagieren können, inzwischen befinden wir uns auf einer ganz anderen Planungsebene.»

«Bei einem Ja wissen wir genau, was wir erhalten. Bei einem Nein wird in Vaduz Stillstand herrschen und die Planung für die Landesbibliothek kehrt zurück auf Feld Null», hielt Pascal Seger fest. Das Argument, dass dadurch auch der Standort infrage gestellt wird, konnte das Referendumskomitee nicht nachvollziehen. «Ich will erst einmal eine andere Gemeinde sehen, die bereit ist, so viel Geld wie Vaduz zu investieren», sagte Gert Risch. Derweil glaubt der Stiftungsratspräsident der Landesbibliothek, dass bei einem Vaduzer Nein am 18. Mai sofort der Schaaner Vorsteher Daniel Hilti bei Infrastrukturminister Daniel Oehry anrufen wird.

Zu einer Einigung auf die Fakten kam es bei der Podiumsdiskussion nicht. Das Publikum schien sich mehrheitlich aus Befürwortern des Projekts zusammenzusetzen; zumindest war deren Applaus lauter und häufiger. Nichtsdestotrotz gab es auch Kritiker in den Reihen. So lautete ein Vorschlag, dass die Gemeinde Vaduz dem Land die Liegenschaft abkaufen soll, damit eine Lösung gefunden werde, die allen passt. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Land Liechtenstein an uns verkaufen würde, aber natürlich wäre das Grundstück aus Sicht der Gemeinde spannend», reagierte Bürgermeister Meier. Als Leiter der Stabsstelle für staatliche Liegenschaften bestätigte dies Jonas Hasler: «Da es ein zentrales Grundstück ist, haben wir ein extrem hohes Interesse daran, dieses zu behalten und entsprechend zu nutzen.»